



Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Antonios Antoniadis
Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

PRESSEMITTEILUNG

05. 08. 2014

Antoniadis: "Aktuelle Entwicklungen äußerst besorgniserregend"

DG-Regierung berät über 10.000 € Soforthilfe zur Bekämpfung des Ebola Virus in Westafrika

Besorgt von der rapiden Ausbreitung des Ebola-Virus auf dem westafrikanischen Kontinent, erwägt der zuständige Minister für Entwicklungszusammenarbeit, Antonios Antoniadis, eine finanzielle Direkthilfe in Höhe von 10.000 € für die Organisation Ärzte ohne Grenzen.

Im vergangenen März kam es zu einem ersten Ebola-Ausbruch im Süden Guineas. Der Virus hat sich infolgedessen auf die benachbarten Länder Liberia und Sierra Leone ausgebreitet. Über 1.300 Menschen in Westafrika haben sich seit Beginn der Epidemie mit dem Virus infiziert, mehr als 720 starben bisher an den Folgen der Erkrankung. Ebola gilt als einer der gefährlichsten und tödlichsten Viren überhaupt; zum jetzigen Zeitpunkt existiert weder eine Impfung noch ein wirkungsvolles Medikament gegen den Erreger. Ärzte und Helfer vor Ort sind besonders darum bemüht, einer weiteren Verschleppung des Virus in Nachbarstaaten Einhalt zu gebieten.

Eine wirksame Bekämpfung der Epidemie erfordert weit mehr als rein medizinische Versorgung. Das Gesundheitspersonal muss in Fragen der Infektionskontrolle geschult und ein epidemiologisches Überwachungsnetz geschaffen werden. Einzelne Fälle müssen ermittelt und nachverfolgt werden. Außerdem sind Sensibilisierungsmaßnahmen notwendig. Die rund 500 örtlichen und 80 internationalen Mitarbeiter der Ärzte ohne Grenzen sind derzeit in den drei Krisenländern Sierra Leone, Liberia und Guinea überwiegend damit beschäftigt, die Infizierten in den Isolationszentren zu behandeln und die Bevölkerung aufzuklären.

„Die Situation in Westafrika droht außer Kontrolle zu geraten. Die aktuellen Entwicklungen sind laut der Weltgesundheitsorganisation WHO äußerst besorgniserregend“, so Minister Antoniadis. „Mit der Direkthilfe wird die DG die Bemühungen der Ärzte ohne Grenzen unterstützen, um eine weitere Ausbreitung der gefährlichen Epidemie einzudämmen.“

Hintergrund - Entwicklungspolitik der DG

Die Entwicklungspolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft zielt darauf ab, Organisationen aus der DG bei nachhaltigen Projekten in strukturschwachen Regionen zu unterstützen. Auf diese Weise sollen für die Menschen aus den betroffenen Gebieten neue Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben entstehen.

Finanzielle Direkthilfen werden hingegen nur in außergewöhnlichen und unerwarteten Krisensituationen geleistet - so zum Beispiel nach dem Erdbeben auf Haiti, der Flut in Pakistan sowie der Dürre in Ostafrika.

Für weitere Informationen

Frederik Thelen

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Kabinett Minister Antonios Antoniadis
Pressereferent
Klötzerbahn 32, B - 4700 Eupen
Tel.: 087/59 64 92; E-Mail: frederik.thelen@dgov.be